

AntragstellerIn: Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen), u.a.

Ersetze Antrag I4 durch:

HÄNDE WEG VOM STREIKRECHT

1 Die Tarifpolitik der Gewerkschaften lebt von Solidarität innerhalb und zwischen den Gewerk-
2 schaften. Nur solidarisch können alle Beschäftigten angemessen vertreten und in ihren An-
3 liegen unterstützt werden. Solidarität lässt sich aber nicht verordnen und schon gar nicht
4 gesetzlich erzwingen.

5 Die Bundesregierung hat aber aktuell einen Gesetzentwurf zur Tarifeinheit vorgelegt, der
6 Anfang Dezember im Kabinett beschlossen werden soll. Bei kollidierenden Tarifverträgen soll
7 zukünftig nur der Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft gelten. Wir Grünen lehnen hingegen
8 eine gesetzliche Tarifeinheit entschieden ab, denn dieses Vorhaben stellt die Existenzberech-
9 tigung von Gewerkschaften elementar in Frage. Auch namhafte Rechtswissenschaftler warnen
10 vor einer gesetzlichen Tarifeinheit. Dies bestärkt uns in unserer Haltung, dass eine gesetzli-
11 che Tarifeinheit ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit bedeutet und die ist ein verfassungs-
12 rechtlich garantiertes Grundrecht und ein wesentlicher Grundpfeiler des Minderheitenschutzes.
13 Vor allem tangiert eine gesetzliche Tarifeinheit auch das Streikrecht. Würde der Tarifvertrag
14 einer Minderheitengewerkschaft zukünftig keine Anwendung finden, dann könnte auch für ihn
15 nicht legal gestreikt werden. Damit wäre die gesetzliche Tarifeinheit im Kern ein Angriff auf
16 das Streikrecht. Das ist für uns nicht akzeptabel.

17 Solch ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Koalitionsfreiheit ist auch nicht notwendig. In
18 den vergangenen Jahren sind weder neue relevante Berufsgewerkschaften entstanden, noch
19 haben die Arbeitskämpfe durch Streiks von Berufsgewerkschaften zugenommen. Zudem gibt
20 es funktionierende gerichtliche Kontrollmechanismen, durch die unverhältnismäßige Streiks
21 unterbunden werden.

22 Für uns gilt: Die Tarifpluralität gehört zu den Grundprinzipien einer Demokratie, denn alle
23 Beschäftigten haben das Recht, sich zu organisieren und müssen in letzter Konsequenz das
24 Recht haben für ihre Anliegen zu streiken. Auch diese Freiheit gehört zu unserer Demokra-
25 tie.

AntragstellerInnen:

Der Antrag wurde:	Abstimmung:	Anmerkungen:
<input type="checkbox"/> befasst	abgegebene Stimmen:	
<input type="checkbox"/> nicht befasst	gültige Stimmen:	
	Ja-Stimmen:	
	Nein-Stimmen:	
	Enthaltungen:	

Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen), Hermino Katzenstein (KV Odenwald-Kraichgau);
Bernd Martin (KV Lörrach), Josha Frey (KV Lörrach), Bärbl Mielich (KV Breisgau-
Hochschwarzwald), Oliver Hildenbrand (KV Main-Tauber), Selina Denzer (KV Lörrach),
Leonie Wiesiollek (KV Lörrach), Joël Girard (KV Lörrach), Jessica Messinger (KV
Rems-Murr), Birgit Brachat-Winder (KV Konstanz), Till Seiler (KV Konstanz), David
Hellwig (KV Konstanz), Günther Landgraf (KV Calw), Erich Griesshaber (KV Calw),
Cindy Holmberg (KV Reutlingen), Nicola Schellhammer (KV Calw)